



Tagesordnung I Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 08. Dezember 2015

Vorlagen-Nr. 15-F-33-0092

Abstimmung bei Straßenbaumaßnahmen

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 02.12.2015 -

Insbesondere in der Sommerferienzeit verzeichnete die Landeshauptstadt in diesem Jahr umfangreiche Aktivitäten im Straßenbau. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Dabei kam es an verschiedenen Stellen, vor allem in den Stadtteilen Schierstein, Dotzheim und Biebrich, zu einer überproportionalen Ballung von Baustellen, die negative Auswirkungen auf das Umfeld hatten (Anwohner, Gewerbe, Pendler etc.). Besonders problematisch war dies bei gleichzeitig vorgenommenen Baumaßnahmen, deren Auswirkungen sich gegenseitig verstärkt haben.

Vor dem Hintergrund des erheblichen Sanierungsrückstaus aus vergangenen Jahren ist davon auszugehen, dass auch zukünftig erhebliche Einschränkungen des Verkehrs durch Straßenbaumaßnahmen unvermeidlich sind.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Was wurde von Seiten des Magistrats unternommen, um solche Situationen für die Zukunft auszuschließen?
- 2) Wie werden die Straßenbaumaßnahmen und die damit verbundenen Einschränkungen und Auswirkungen (verkehrlich, sozial und wirtschaftlich) konkret mit den betroffenen Ortsbeiräten abgestimmt, um eine möglichst verträgliche, aber gleichzeitig auch effizientere und kostengünstige Lösung zu erreichen?
- 3) Sieht der Magistrat Möglichkeiten der Ablaufoptimierung im Rahmen von Maßnahmendurchführungen, z. B. durch Mehrschichtarbeit, Nacharbeit, einer definierten Mindestpersonalstärke sowie einer besseren Kommunikation?

- Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.12.2015 -

Abstimmung bei Straßenbaumaßnahmen

Zu 3.: Die Ablaufoptimierung von Baustellen bezieht sich auch auf verschiedene Verantwortlichkeiten für verschiedene unterirdisch verlegte Medien wie Telekomkabel, Gas- und Wasserrohre. Es ist daher unumgänglich, Baumaßnahmen zwischen den einzelnen Sparten zu koordinieren, um Doppelaufgrabungen zu vermeiden.

Zu 4.: Bei Straßenbaumaßnahmen enden Fußwege oft im Nichts. Fußgänger/innen werden gezwungen auf die Fahrbahn auszuweichen oder die Seite zu wechseln, was mit Gefahren verbunden ist. Ähnliches gilt für den Radverkehr. Auch hier enden Radspuren in gefährlichen Übergängen in die Fahrspuren des Autoverkehrs oder werden auf engstem Raum mit dem Fußgängerverkehr zusammengeführt (z.B. Bahnhofstraße). Den Belangen des Fuß- und

Radverkehrs muss künftig verstärkt Rechnung getragen werden. Deswegen müssen grundsätzlich bei Baustellen auch Planungen zur Umleitung des Fuß- und Radverkehrs erfolgen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Antrag wird in Punkt 3 wie folgt ergänzt:

3. (...) Wie kann die Koordination zwischen den Verantwortlichen für die unterirdisch verlegten Medien und den Straßenbaulastträgern optimiert werden?

Der Antrag wird um Punkt 4 erweitert:

4. Der Magistrat wird gebeten,

bei Straßenbaumaßnahmen stets sichere Umleitungen für den Fuß- und Radverkehr einzurichten.

Beschluss Nr. 0245

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Was wurde von Seiten des Magistrats unternommen, um solche Situationen für die Zukunft auszuschließen?
- 2) Wie werden die Straßenbaumaßnahmen und die damit verbundenen Einschränkungen und Auswirkungen (verkehrlich, sozial und wirtschaftlich) konkret mit den betroffenen Ortsbeiräten abgestimmt, um eine möglichst verträgliche, aber gleichzeitig auch effizientere und kostengünstige Lösung zu erreichen?
- 3) Sieht der Magistrat Möglichkeiten der Ablaufoptimierung im Rahmen von Maßnahmendurchführungen, z. B. durch Mehrschichtarbeit, Nachtarbeit, einer definierten Mindestpersonalstärke sowie einer besseren Kommunikation? Wie kann die Koordination zwischen den Verantwortlichen für die unterirdisch verlegten Medien und den Straßenbaulastträgern optimiert werden?

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2015

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2015

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2015

Dezernat IV in Verbindung mit
Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister